



Stadtzeitung der MLPD Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands Stuttgart/Sindelfingen

## Heraus am 8. März zum Internationalen Frauentag Frauen der Welt kämpfen für eine lebenswerte Zukunft!

Überall in der Welt stehen Frauen mit vorne dran, wenn es um den Kampf für Freiheit und Demokratie, für eine lebenswerte Zukunft in einer Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung, ohne Hunger und Kriege, geht. Ihr Kampf für ein selbstbestimmtes Leben hat einen Aufschwung genommen und das Selbstbewusstsein wächst.

\* In Polen fordern die Frauen, dass endlich Schluss sein muss mit der Bevormundung durch Staat und Kirche - aktuell gegen die Verschärfung des Abtreibungsparagraphen.

\* In Lateinamerika verstärkt sich die Massenbewegung gegen sexuelle Unterdrückung und Ausbeutung.

\* In den USA waren die Frauen eine Hauptkraft gegen den faschistoiden Präsidenten Donald Trump.

Im letzten Jahr wurde unter den Bedingungen der Corona-Pandemie für jeden überdeutlich, dass die Frauen in allen Berufen der Daseinsfürsorge, in Dienstleistung und Handel eine herausragende Bedeutung haben, dass sie „systemrelevant“ sind. Aber eben auch, dass es „systemimmanent“ ist, dass der Kapitalismus ihre Ausbeutung schamlos forciert und die Zerreißprobe zwischen unterbezahlter Lohnarbeit und Haushalt für immer mehr Frauen unerträglich wird.

Die Wechselwirkung von Weltwirtschafts- Finanz- und Coronakrise verschärft zusätzlich die Lage vieler Frauen. in der Welt bis zum Überlebenskampf. Die ganze bürgerliche Politik ist darauf ausgerichtet alles dafür zu tun, dass trotz Corona die Konzerne Maximalprofit machen können. Die damit verbundene Zurückverlagerung aller gesellschaftlichen

Aufgaben und Probleme in die Einzelfamilien verschärft enorm deren Belastung. Homeoffice, Homeschooling - neben Beruf und Haushalt haben Mütter noch die volle Verantwortung für Bildung und Pflege und den Gesundheitsschutz zu übernehmen. Zu dieser Zerreißprobe kommen die Kontaktsperren, Angst vor Armut, drohende Arbeitslosigkeit. Es ist empörend, mit welcher Selbstverständlichkeit die Regierenden das von Familien, Alleinerziehenden und damit vor allem von den Frauen erwarten.

Diese Zuspitzung der Krise der bürgerlichen Staats- und Familienordnung befördert zugleich den Drang der Massen nach Vergesellschaftung der Lebensweise, den Wunsch danach, Kindererziehung, Haushalt, Gesundheitspflege und Fürsorge auf dem höchsten Niveau gemeinschaftlich zu organisieren.

Der Kampf um die Befreiung der Frau von doppelter Ausbeutung und Unterdrückung ist eine entscheidende Kraft im Kampf für eine sozialistische Gesellschaft, in der die Ausbeutung generell abgeschafft ist.

Damit dies gelingt, muss die breite kämpferische Frauenbewegung zum Weg des gemeinsamen Kampfes finden. Über alle weltanschauliche Grenzen hinweg ist eine Zusammenarbeit nötig und möglich - von Religion bis Revolution.

In diesem Sinne arbeitet die MLPD auch im Frauenbündnis Stuttgart mit und ruft zum Frauentag auf.

### Kommt zur Kundgebung und Demonstration

Stuttgart Mo. 8. März 2021  
Schlossplatz : 16.00 - 18.00 Uhr

Sindelfingen Sa. 6. März  
Untere Vorstadt: 10.30- 12.00 Uhr



Argentinien



Belarus



Deutschland



Polen



USA



Indien



Spendet für die tatsach!

# Daimler und E-Mobilität: Müssen 4.000 Arbeitsplätze für die Umwelt geopfert werden?

**Daimler will den Motorenbau nach Polen und Ungarn verlagern. Stattdessen sollen hier Teile für E-Autos produziert werden und gleichzeitig 4.000 Arbeitsplätze wegfallen. Der Kampf um jeden Arbeitsplatz wird hart. Die Umstellung auf E-Mobilität hat weltweit eine Strukturkrise zur Folge – auf Kosten der Arbeitsplätze. Aber ist das zum Wohl für die Umwelt?**

Benzin- und Dieselmotoren haben keine Zukunft. Die Verbrennung von Öl, Kohle und Gas muss bis 2030 weitgehend beendet sein. Sonst kann die Erderwärmung nicht gestoppt werden, die heute schon 1,3°C erreicht hat. Eine Ersetzung durch E-Mobilität mit Batterien und Brennstoffzellen, ausschließlich mit erneuerbaren Energien, ist notwendig.

Doch auch das wird kein Beitrag zur Lösung der Umweltkrise sein, weil die Autokonzerne planen den Bestand von heute 1,2 Mrd. Fahrzeuge bis 2050 auf weltweit 2,7 Milliarden zu verdoppeln. Diese ungebremste Massenproduktion und der Massenverkehr bleiben das Problem. Was macht es für einen Sinn, mit Elektroautos und mit High-Tech autonom fahrend im Stau zu stecken, weiterhin eine hohe Feinstaubbelastung zu erzeugen? Was bringen elektrisch bzw. mit Wasserstoff selbstfahrende LKW-Kolonnen, die immer mehr Straßenraum benötigen - anstatt die vorhandene Elektromobilität auf der Schiene auszubauen?

## „Profitwirtschaft first“

Für die internationalen Monopole geht es darum, den Individualverkehr mit Autos als Grundkonzept der Mobilität zu erhalten. Das bringt seit Jahrzehnten Höchstprofite bei der PKW- und LKW-Produktion. Die Umstellung auf E-Mobilität dient ihnen jetzt dazu, ihre Weltmarktstellung und ihre Milliarden-Gewinne auszubauen. Der Profit ist der Zweck der Produktion im Kapitalismus, nicht die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschheit oder die Rettung der Umwelt. Eine künftige zig-millionenfache Produktion von Batterie-Autos ist eben kein Beitrag zur Rettung der Umwelt. Dafür werden Unmengen von seltenen Erden und Metallen benötigt. Bei uns gibt es mit E-Autos vielleicht bessere Luft und alles nennt sich „Öko“. Aber am anderen Ende der Welt wird die menschenverachtende Ausbeutung bei den Rohstoffen und die Umweltzerstörung verschärft. Mit dem Raubbau von Lithium und dem Kup-

ferabbau werden ganze Regionen verseucht. Und am Ende steht millionenfacher Elektroschrott, da Recycling „unwirtschaftlich“ ist. Dewegen: Keine Batteriefabrik ohne Recyclinganlage! Die verschärfte Plünderung der Ressourcen ist im Konkurrenzkampf der Monopole zu einer Gesetzmäßigkeit geworden, die im Kapitalismus nicht zu lösen ist. Für einen wirklichen Paradigmenwechsel braucht es eine von der Profitwirtschaft befreite sozialistische Gesellschaft.

Friedrich Engels, Weggefährte von Karl Marx, schlussfolgerte:

*"Wir lernen "allmählich, durch lange, oft harte Erfahrung,...uns über die mittelbaren, entfernteren gesellschaftlichen Wirkungen unserer produktiven Tätigkeit Klarheit zu verschaffen, und damit wird uns die Möglichkeit gegeben, auch die Wirkungen zu beherrschen und zu regeln. Um diese Regelungen aber durchzuführen, dazu gehört mehr als die bloße Erkenntnis. Dazu gehört eine vollständige Umwälzung unsrer bisherigen Produktionsweise und mit ihr unsrer jetzigen gesamten gesellschaftlichen Ordnung."*

(aus: Friedrich Engels "Dialektik der Natur").

In folgenden Punkten müssen sich Arbeiter- und Umweltbewegung heute zusammenschließen auf dem Weg zu einer gesellschaftsverändernden Umweltbewegung:

- \* Weniger Arbeitsplätze bei E-Mobilität verlangt: 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich offensiv erkämpfen. Bei 834.000 Stamarbeitsplätzen in der deutschen Autoindustrie könnten rechnerisch 140.000 Arbeitsplätze geschaffen werden.

- \* Wir brauchen einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr zum Nulltarif und auch Radwege müssen ausgebaut werden, damit kann der Autoverkehr verringert werden.

- \* Bei den Großbetrieben müssen wieder Werksbusse eingesetzt werden, um zur Schicht zu kommen.

- \* Wenn in Stuttgart der Autoverkehr nur um 20% verringert würde, muss die Kapazität des öffentlichen Nahverkehrs verdoppelt werden. Das wären Investitionen mit tausenden neuen Arbeitsplätzen.

**Daimler-KollegInnen sagen zurecht:  
Wer Diesel kann, kann auch mehr – wir sind der Fortschritt.**



Broschüre erhältlich bei den Verteilern der tatsäch' oder Kontaktadresse Seite 8



Liebe Redaktion,

leider treffen sich die Rotfüchse gerade nicht wegen Corona.

Der Nikolaus hat trotzdem alle Rotfüchse besucht und jedem Mitglied eine persönliche Rotfuchs-Tasse überreicht.

Wir haben Leon interviewt, der seit dem Sommer bei den Rotfüchsen Stuttgart ist. Leon erzählte:

Wir haben im Oktober Unterschriften für die Daimler-Arbeiter gesammelt. Sie sollen wissen, dass die Kinder hinter ihnen stehen. Die Arbeiter können auf uns zählen und sind nicht alleine. Das brauchen sie, weil viele gefeuert werden sollen. Ich und Julia haben so 6 bis 7 Unterschriften gesammelt. Die Leute haben gesagt, dass es eine gute Idee ist, dass wir sammeln.

Ich wünsche mir für das nächste Jahr, dass wir mehr zusammen sind und nicht mehr so viel mit der Corona-Politik zu tun haben. Wir Rotfüchse machen ja schon viel zusammen, aber hoffentlich geht das 2021 wieder besser und wir können uns voll sehen.



## Tarifrunde 2021: Es geht um unsere Zukunftsinteressen

In diesem Jahr stehen Tarifrunden für mehr als zwölf Millionen Beschäftigte an. Im Metallbereich laufen die Verhandlungen der IGM für über 3,8 Millionen Beschäftigte begonnen. Deren Ausgang wird mitentscheiden über die Gesamtentwicklung unserer Lebenslage.

Nach einer Nullrunde 2020 fordert die IGM eine Stärkung der Einkommen um 4 Prozent. Außerdem soll über die mögliche Absenkung der Arbeitszeit auf 28 Stunden bzw. eine Vier-Tage Woche verhandelt werden, wobei es nur einen Teillohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung geben soll.

Der Chef von Südwestmetall und Personalchef von Daimler, Winfried Porth, geht dagegen voll in Konfrontation und meint dafür die Krisensituation ausnutzen zu können. Er fordert eine weitere Nullrunde und sogar, dass von den Beschäftigten

er kämpfte Verbesserungen wie Spätschichtzulagen und Pausenregelungen abgebaut werden! Die Konzerne, allen voran Daimler als „Kriegsgewinnler“ der Corona-Krise, dürfen damit nicht durchkommen.

**Wir sind für einen offensiven Kampf für die generelle Durchsetzung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich.**

Es ist bewiesen: Arbeitszeitverkürzung sichert und schafft Arbeitsplätze. Das ist vor allem für die Jugend wichtig. Denn wo soll sie in Zukunft Arbeit finden, wenn allein bei Daimler bis 2025 4 000 Arbeitsplätze in Untertürkheim und weitere 4000 in Werk Sindelfingen abgebaut werden sollen.

**Für unsere Unterstützung der vollen Durchsetzung der 4 Prozent Lohnerhöhung gibt es viele Gründe:**

- die Verteuerung der Mieten durch die

CO 2- Steuer belastet vor allem die kleinen und mittleren Einkommen.

- die überdurchschnittliche Steigerung der Lebensmittelpreise
- steigende Kosten für Mobilität durch steigende Benzin- und ÖPNV-Preise
- nicht zuletzt die Kosten für Gesundheitsschutz, gerade jetzt in der Pandemie.

Und für alle Rentner ist wichtig, dass ihre Bezüge immer auf dem Niveau der erkämpften Abschlüsse des Vorjahres neu berechnet werden.

Die MLPD tritt ein für den vollen Einsatz der Kampfkraft der Gewerkschaft.

**Wehren wir uns gegen das Abwälzen der Krisenlasten auf uns und unsere Familien, indem wir die Metaller in ihrem Kampf unterstützen!**

**Beteiligt euch am Aktionstag der IG-Metall am 1. März**

## Solidarität ist unsere Stärke ! Zuschrift des Soli-Kreises

Daimler will mindestens 4000 Arbeitsplätze hier im Werk Untertürkheim vernichten.

Wir – die Familien und Angehörigen, Nachbarn und Freunde und die ganze Region, werden betroffen sein.

und deine Meinung gefragt. Und natürlich braucht es dafür Geld – also Spenden sammeln! Melde dich über E-mail und du wirst laufend informiert. (irwerner@web.de) **Wenn der Lockdown vorbei ist, treffen wir uns wieder jeden zweiten Mittwoch in den gerade Wochen um 18.30 im Arbeiterbildungszentrum in Untertürkheim.**



An unserem Infostand im Dezember im Zentrum von Untertürkheim informierten wir über diese geplante Arbeitsplatzvernichtung, sammelten Spenden für die Solidaritätsarbeit und gewannen neue Mitstreiter. „Wenn Daimler hier 4000 Arbeitsplätze vernichtet, dann trifft mich das auch“, sagte der Inhaber des Schnellimbisses und steckte 10€ in die Spendendose. Die Bäckerereiverkäuferin kam raus und wollte ein Plakat für ihren Laden.

In unserem Solidaritätskreis kannst du mitmachen, wenn du, wie wir, diese Arbeitsplatzvernichtung nicht hinnimmst.

**Nicht mit uns!**

Wir haben einen Solidaritätskreis gegründet und uns einen Namen gegeben: „**MOTOR der Solidarität mit dem Kampf der Daimler-Kollegen für ihre Arbeitsplätze.**“

Was kann man denn machen während dem Corona-Lockdown? Du kannst helfen, Plakate in deinem Stadtteil aufzuhängen, unser Info-Faltblatt unter die Leute bringen. Aktuell entwerfen wir Aufkleber – hier sind dein Geschmack



# Weg mit der Fahrpreiserhöhung im VVS - Nulltarif muss her!

Zum 1. April 2021 werden die Fahrpreise um fast 3% erhöht. Das ist erstens unsozial und zweitens kann man so keine Verkehrswende hin bekommen, von der alle Parteien reden. Die setzt ja voraus, dass die Leute mehr öffentlich fahren. VVS und SSB sind eh' schon viel zu teuer. Die Erhöhung muss zurück genommen werden! Was wir brauchen, ist der Nulltarif.

Heute, wo 60% der Bevölkerung in Städten lebt, ist der öffentliche Nahverkehr ein Teil der Grundversorgung. Wir brauchen diese Mobilität, um zur Arbeit, zur Schule, zum Einkaufen zu kommen. Der Nahverkehr ist eine öffentliche Aufgabe und muss kostenfrei werden, genauso wie die Schulbildung.

Fahrpreissenkung und ein 365 Euro Jahresticket, wie es jetzt auch die SPD fordert, können höchstens erste Schritte sein, aber nicht finanziert mit irgendeiner Um-

lage auf die Bewohner oder Autofahrer! Solche Konzepte zur Abwälzung der Kosten auf die Massen werden auch vom grünen Verkehrsminister Herrmann entwickelt.

**Also, wo soll das Geld herkommen?**

Die Einnahmen aus dem Ticketverkauf des öffentlichen Nahverkehrs liegen bundesweit bei ca. 13-14 Milliarden im Jahr. Der Umsatz der gesamten Industrie war 2019 1.900 Milliarden Euro. Mit einer Industrie-Umlage von weniger als 1% würde diese Lücke leicht geschlossen werden. Es ist schließlich ihr Profitsystem, welches auch mit dem öffentlichen Nahverkehr am Laufen gehalten wird. Außerdem: Die Steuerverschwendung durch die Subventionen für Dienstwagen, Dieselsprit und Flugbenzin liegen bei etwa 22 Milliarden Euro. Wo ist also das Problem?



## Brutale Polizeigewalt gegen Flüchtlinge in LEA Ellwangen

## Jetzt Prozess von Alassa Mfouapon gegen das Land BaWü



Nach 2 1/2 Jahren Verschleppung wird am Stuttgarter Verwaltungsgericht am 18. Februar endlich die Klage von Alassa Mfouapon gegen das Land Baden-Württemberg wegen brutaler Polizeigewalt im Mai 2018 gegen die Bewohner der LEA Ellwangen verhandelt.

Damals stürmten über 500 Polizisten mit Hunden nachts in die Räume der Bewohner, brachen Türen auf, rissen Menschen aus den Betten, fesselten sie und brachten sie zu Boden.

Es war eine Strafaktion gegen die brü-

derliche Solidarität mit einem Mann aus Togo, der wenige Tage zuvor abgeschoben werden sollte. Eine Reihe von Bewohnern hatte sich versammelt und gegen die Abschiebung friedlich protestiert. Diese Klage von Alassa wurde zweieinhalb Jahre lang verschleppt – warum? Es gibt in Deutschland ein Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung. Dass dies auch für die Räume in den Flüchtlingsunterkünften gilt, wo Menschen leben und schlafen, wurde bereits durch andere Gerichte bestätigt. Als die Polizisten gewaltsam in die LEA Ellwangen und die Schlafräume der Bewohner eindrangen, verletzten sie dieses Recht eklatant!

**Es ist das Ziel der Klage von Alassa, dies öffentlich zu machen und darauf zu bestehen, dass Grundrechte für alle Menschen gleichermaßen gelten müssen!**

Das Land Baden-Württemberg und sein Innenminister Strobl würden aber lieber alles verschweigen und vertuschen.

Diese gerichtliche Auseinandersetzung ist ein wichtiger Bestandteil des Kampfs gegen Abschiebung, gegen Rassismus und für das Recht auf Flucht und Schutz von Geflüchteten – darum geht es alle Flüchtlinge etwas an. Sie ist auch ein wichtiger Bestandteil des Kampfs um demokratische Rechte gegen eine Regierung, die nicht nur Flüchtlinge, sondern auch Aktivist:innen für Arbeiter- und Frauenrechte, Umweltaktivisten und Antifaschisten kriminalisieren will – darum geht es alle an, die sich nach einer Welt sehnen, in der Schutz und Würde von Menschen an oberster Stelle stehen.

**Livestream-Tribunal gegen die reaktionäre Flüchtlingspolitik in der EU**

**Sa. 20.2.21 ab 17 Uhr**

**[www.change.org/alassa](http://www.change.org/alassa)**

Nähere Informationen gibt es auch bei **[si-freundeskreis-sued@gmx.de](mailto:si-freundeskreis-sued@gmx.de)**

Der Freundeskreis freut sich über Spenden zur Finanzierung der Prozesskosten über: „Solidarität International e.V.“, IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005 84, Stichwort: „Flüchtlingssolidarität“





## Für konsequenten Lockdown auch in der Industrie – gegen die Abwälzung der Krise auf die Massen - unser Protest ist links

**Trotz Schnee und Lockdown trafen sich um die vierzig Menschen zur Kundgebung auf dem Schlossplatz. Im Mittelpunkt der angeregten Diskussion am offenen Mikrophon standen der Lockdown und seine sozialen Auswirkungen.**

Was tatsächlich von Seiten der Regierung getan wird, steht im krassen Widerspruch zu dem, was nötig wäre die Situation der Menschen zu erleichtern. Kritisiert wurde die einmalige Zahlung von 150 € an Familien und Bezieher von Grundeinkommen als viel zu wenig. Unbedingt notwendig ist eine sofortige Erhöhung der Hartz-Sätze um mindestens 200 € monatlich. Um jeden Cent wird geschachert, wenn es um die Bedürfnisse der breiten Teile der Bevölkerung geht. Eine Krankenschwester, die auf der Intensivstation arbeitet, berichtete, dass von der versprochenen „Belohnung“ für ihre Leistungen in der Pandemie gerade mal 300 € auf ihrem Konto angekommen sind. Als typisch für die Regierungspolitik wurde auch die Zahlung von 150€ Kindergeld an alle kritisiert. Statt diese Mittel an die wirklich Bedürftigen zu geben, rühmen Spahn und Scholz diese Maßnahme als schönes Konjunktur-Förderprogramm, weil viele betuchtere Kindergeldempfänger das Geld nicht dringend brauchen, sondern gleich für besondere Anschaffungen ausgeben.

Diese Unterordnung unter die Konzerninteressen wurde scharf kritisiert und die Schließung der Fabriken für einen wirklich wirksamen Lockdown

gefordert.

„Ein Ende der Hochstimmung an den Börsen ist nicht in Sicht...“ liest man in der Stuttgarter Zeitung vom 8.2.2021. Im reichen Baden-Württemberg ist jedes fünfte Kind arm, in Familien mit Migrationshintergrund sogar jedes dritte. Mehrere Teilnehmer betonten, dass das der Kapitalismus ist und sich die Frage nach einem grundsätzlichen Ausweg in eine sozialistische Gesellschaft für immer mehr Menschen stellt.

Die Montagsdemo solidarisierte sich mit der Flüchtlingssolidarität. Es wurde vom „Freundeskreis Flüchtlingssolidarität“ über den anstehenden Prozess des Flüchtlings aus Kamerun Alassa Mfoua-pou gegen die Landesregierung informiert (siehe Artikel auf Seite 4). Es wurde beschlossen, dass die Spendensammlung an diesem Tag an den Freundeskreis für die Finanzierung der Prozesskosten geht.

**Die nächste Montagsdemonstration gegen Hartz IV in Stuttgart findet wegen des Internationalen Frauentags schon am 1. März um 17 Uhr auf dem Schlossplatz statt.**

**In Sindelfingen ebenfalls Montag, 1. März, 18h am Sterncenter**



## Zur Diskussion gestellt: Wie geht ein konzentrierter, konsequenter Lockdown sofort?

- Schließung von Produktion, Büros, Logistik etc. – bei Beibehaltung der elementaren Versorgung, Gesundheitsfürsorge, soziale Beziehungen, Erholung und sportliche Betätigung für die Masse der Bevölkerung!

- Für die 100-prozentige Lohnfortzahlung und keine Anrechnung von Urlaubstagen für die Arbeiter und Angestellten in den stillgelegten Betrieben, Verwaltungen und Logistikunternehmen! Kampf um jeden Arbeitsplatz!

- Schließung von Schulen und Kitas! Kontakt, Spiel, Sport und Lernen mit Gleichaltrigen in konstanten Klein- und Kleinstgruppen ist zu gewährleisten – durch Fachkräfte, freiwillige Helfer und Elternmithilfe! Gegen die Abwälzung der Corona-Maßnahmen auf die Familien!

- Lückenlose, in kurzen Abständen wiederholte flächendeckende Massentestung mit breit angelegter Erfassung über PCR, Antigen-Schnelltests und Antikörpertests. KN95- oder FFP2- und FFP3-Masken kostenlos und ausreichend für die gesamte Bevölkerung! Gesundheit geht vor!

- Kräfte verstärken im Gesundheitsbereich, kürzere Schichten, Erholzeiten, psychologische Betreuung gegen Stress und Hilfe angesichts des vielen Leidens und Sterbens! Kampf für ein demokratisches, auf die Massen ausgerichtetes künftiges Gesundheitssystem!

- Abstandsregeln im ÖPNV, in allen Bussen und Bahnen! Jede Sitzreihe nur mit einer Person belegen, keine stehenden Fahrgäste! Taxis, Busse und Busfahrer privater Unternehmen müssen einbezogen werden, auch als Maßnahme, dass sie nicht in Konkurs gehen! Abstand halten – und sich zusammenschließen!

- Infizierte aus Familien mit beengten Wohnverhältnissen und aus Alten- und Pflegeheimen müssen sofort von den Gesunden getrennt werden: dazu Nutzung leerstehender Hotels und Pensionen! Intensive, sachkundige und liebevolle Betreuung – auch durch Freiwillige! Jung und Alt solidarisch zusammenhalten!

- Beschleunigung der Herstellung und des Vertriebs von Impfstoffen! Aufhebung des Patentschutzes! Flächendeckende Impfungen gestützt auf die Hausarztpraxen und Pflegeeinrichtungen! Impfstoff für alle Bedürftigen in allen Ländern der Welt!

- Wiederaufnahme der Kontaktverfolgung jetzt und dauerhaft bis zum Ende der Pandemie!



## Pariser Kommune 1871: Die erste erfolgreiche Arbeiterrevolution in der Geschichte

Vor 150 Jahren, am 18. März 1871, haben die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Weltmetropole Paris, die damals schon über zwei Millionen Einwohner hatte, mitten im deutsch-französischen Krieg, gegen die alten Mächte aus Adel und Bourgeoisie, die Staatsmacht erobert und ihre eigene demokratische Herrschaft errichtet.

Das war die erste Revolution in der Menschheitsgeschichte, in der die arbeitenden Menschen erfolgreich das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen überwinden konnten um ihre eigene, sozialistische Ordnung aufzubauen. Die Arbeiter aller Länder schauten voller Hoffnung und Begeisterung nach Paris.

Karl Marx, der damals im Londoner Exil lebte, wertete im Auftrag der Internationalen Arbeiterassoziation, der 1. Internationale, zu der auch viele Mitglieder des Pariser Kommunerrats gehörten, aus:

„Ihr wahres Geheimnis war dies: Sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiter-

klasse, das Resultat des Kampfs der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.“ (aus: „Der Bürgerkrieg in Frankreich“)

**Was war diese zukunftsweisende politische Form, von der Karl Marx spricht?**

Dazu gehörten wesentlich:

- Das Volk war bewaffnet und konnte so seine Interessen durchsetzen und schützen.
- Die Kommune konnte den alten Staatsapparat, die alte Verwaltung, Justiz, Polizei usw. nicht einfach übernehmen, sondern musste neue, im Interesse des Volkes arbeitende Organe schaffen
- Die gewählten Funktionäre waren für die Umsetzung der Beschlüsse des Rats unmittelbar verantwortlich und rechenschaftspflichtig und jederzeit abwählbar, anders als im bürgerlichen Parlamentarismus. Sie bekamen einen durchschnittlichen Arbeiterlohn.

Auf dieser Grundlage konnte die Pariser Kommune in kürzester Zeit für das Leben der Massen grundsätzliche Veränderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen einleiten.

Als die russischen Revolutionäre 46 Jahre später, im Jahre 1917 die erfolgreiche Oktoberrevolution durchführen, hatten sie die Lehren der Pariser Kommune genauestens ausgewertet.

Die Herrschaft der Pariser Kommune, die Demokratie und Freiheit des Volkes wurden nach nur 72 Tagen durch die vereinigte Reaktion im Blut erstickt. Über dreißigtausend wurden ermordet, tausende in die Straflager in den Kolonien verschleppt oder in die Emigration gezwungen.

Die Erfahrung der Pariser Kommune ist damit auch eine Lehre, mit welcher Brutalität die herrschende Bourgeoisie ihre Macht aufrecht zu erhalten bereit ist und seither aufrechterhält. Das ist eine lange Kette antikommunistischer Verbrechen



Die Bewegung „Gib Antikommunismus keine Chance!“ ruft auf:

**Wir sind demokratisch gesinnte Menschen verschiedenster politischer Richtungen. Der Antikommunismus ist zu tiefst antidemokratisch. Er verteidigt den Kapitalismus mit all seinen Folgen als "alternativlos". Er will soziale Protestbewegungen und antifaschistischen Widerstand systemkonform zähmen. Gerade jetzt, wo immer mehr Menschen eine alternative Gesellschaftsform zum Kapitalismus suchen und diskutieren, wird der Antikommunismus neu geschürt. Er soll rechte Regierungen und ihre politische Praxis legitimieren und gibt Ultrareaktionären und Faschisten damit einen enormen Rückenwind. Dazu sagen wir: NEIN!**

Unterschreiben auch Sie den Aufruf!  
(gibantikommunismuskeinechance.de)

### Literaturtipps von



„72 Tage: Die Pariser Commune 1871 – die erste »Diktatur des Proletariats« von Thankmar Freiherr von Münchhausen, 24,99 €  
Die Geschichte dieser 72 Tage, die als erste Diktatur des Proletariats gilt, anhand zahlreicher Dokumente und Prozessberichte, Briefe und Tagebücher, Sitzungsprotokolle und Zeitungsartikel

„Der Bürgerkrieg in Frankreich“ von Karl Marx, 8,00€

Eine leidenschaftliche Analyse der Pariser Kommune 1871. „Paris, arbeitend, denkend, kämpfend, blutend, über seiner Vorbereitung einer neuen Gesellschaft fast vergessend der Kannibalen vor seinen Toren, strahlend in der Begeisterung seiner geschichtlichen Initiative!“

People to people- Agentur Stuttgart, Gerrit Brust-Bader, Tel.: 0711-814251, e-mail: gerrit.brust-bader@gmx.de



# Corona-Pandemie offenbart die Überlebtheit des kapitalistischen Systems

Es ist begeisternd, wie es gelang in kürzester Zeit einen wirksamen Impfstoff zu entwickeln - trotz Konkurrenzkampf. Das weltweite Chaos bei Produktion und Verteilung zeigt allerdings krass die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems die Menschheitsprobleme tatsächlich zu lösen. Jeder weiß, diese Pandemie ist erst endgültig überstanden, wenn es gelingt sie weltweit zu besiegen. Das machte es eigentlich nötig die Produktion und Verteilung international in einem planmäßigen Prozess zu organisieren.

Im Zentrum steht gegenwärtig die Frage der Aufhebung des Patentschutzes mit dem Ziel, dass auch andere Arzneimittelhersteller in die Produktion einbezogen werden können um den weltweiten Bedarf schnellstmöglich herzustellen. Diese notwendige Forderung rüttelt allerdings an Grundfesten des kapitalistischen Konkurrenzprinzips.

Joachim Dorfs von der **Stuttgarter Zeitung** bringt das in seinem Leitartikel „Jeder impft für sich allein“ in letztlich antikomunistischer Weise auf den Punkt: „*Sehr fraglich ist, ob eine immer wieder geforderte Not-impfstoffwirtschaft sinnvoll ist. Denn wer Patente annullieren will und Unternehmen zu Zwangspartnerschaften verpflichten will, übersieht, dass die Erfolge bei Impfstoffen auch deshalb erzielt worden sind, weil die wissenschaftliche und wirtschaftliche Leistung der Unternehmen durch Patente*

*anerkannt wird. Es ist zweifelhaft, ob solche Erfolge ohne eine solche Kompensation oder auf Basis von Zwang möglich gewesen wären.*“ Damit beschwört er die durch die Geschichte längst widerlegte kapitalistische Lebenslüge, dass die sogenannte freie Marktwirtschaft gegenüber der sozialistischen Planwirtschaft überlegen sei, dass nur der Konkurrenzkampf Triebkraft für Fortschritt sei. Der Geschäftsführer von AstraZenika bläst im ARD-Magazin "Panorama" ins gleiche Horn: „*Wenn wir geistiges Eigentum nicht schützen, gibt es keinen Anreiz für Erfindungen*“. Damit bestätigt er nur, dass für die Monopole der Schutz der Weltbevölkerung keine Bedeutung hat.

Die MLPD meint zur Überlegenheit einer sozialistischen Planwirtschaft:

„In vereinigten sozialistischen Staaten der Welt gäbe es grundsätzlich keinen kapitalistischen Patentschutz. Alle notwendigen Daten würden der ganzen Welt zur Verfügung gestellt, alle notwendigen Kapazitäten dafür gebündelt und entwickelt. Man hätte rechtzeitig die Produktion und die Logistik vorbereitet. In Deutschland gibt es circa 1000 Pharmafirmen, die in kurzer Zeit in die Produktion von Impfstoffen einbezogen werden könnten. Mithilfe einer höchst flexiblen sozialistischen Planwirtschaft, die die Erfahrung der Arbeiter und Angestellten in den Pharmafirmen mit einbezieht, könnte die Produktion in diesen

Firmen und weiteren verwandten Bereichen rasch umgestellt werden. Die einheitliche demokratische-zentralistische Lenkung des Staates und der Volkswirtschaft garantiert ein planmäßiges, gesellschaftlich vereinheitlichtes Vorgehen. Im Sozialismus steht die gesellschaftliche Rentabilität, also der Nutzen für die gesamte Gesellschaft in Einheit mit der Natur im Mittelpunkt.“ (Flugblatt MLPD vom 5. Februar)



## 3. Auflage - aktualisiert und erweitert

Dr. Günther Bittel, Dr. Willi Mast, Günter Wagner

**Covid - 19- neuartig, gefährlich, besiegbar!**

Taschenbuch, 149 Seiten;

Preis: 14,00 Euro

ISBN: 978-3-88021-582-5

eBook, Preis: 10,00 Euro

ISBN: 978-3-88021-589-4

Verlag Neuer Weg, Alte Bottroper Str. 42, 45356 Essen, Tel: 0201 25915

[www.people-to-people.de](http://www.people-to-people.de)

## Abwälzung der Coronalasten auf den Rücken der Familien, Erzieher und Lehrer

### Zuschrift einer Mutter aus Untertürkheim

In diesen Tagen fragt man sich, wie viel die Gesundheit unserer Kinder, ihrer Familien und derjenigen, die im Schul- und Bildungswesen arbeiten, der Landesregierung wirklich wert ist. Von Kultusministerin Eisenmann (CDU) wird die Öffnung der Schulen immer wieder versprochen, da gerade die Kleinsten doch eine Betreuung in Kitas und Grundschulen am dringendsten brauchen würden. Aber unter welchen Bedingungen ist das verantwortungsbewusst zu machen? Die Personalvertretungen des Stuttgarter Jugendamts kritisierten in einem offenen Brief an die Kultusministerin, dass „der Infektionsschutz für ihre insgesamt rund 4000

Mitarbeiter und rechtzeitige Planungsmöglichkeiten für die Einrichtungen und Träger 'deutlich zweitrangig' behandelt würden.“ (Untertürkheimer Zeitung) Was ist in einem Jahr Pandemie wirklich passiert zur Verbesserung der Grundsituation in Schulen und Kitas?

Die Auslastung in der sogenannten Notbetreuung stößt an ihre Grenzen und man fragt sich unweigerlich, warum es in einem der reichsten Bundesländer in Deutschland nicht möglich ist, gerade die Kleinsten und die Jugendlichen sowohl mit Bildung und Betreuung, als auch mit dem ausreichenden Gesundheitsschutz zu versorgen.

Wirksame Sofortmaßnahmen müssen sofort ergriffen werden. Gerade Kinder und Jugendliche brauchen keine leeren Versprechungen und kurzsichtige, nur auf die nächste Landtagswahl ausgerichtete, Bildungspolitik. Diese zeigt nämlich, dass die Kitas und Schulen nur geöffnet werden sollen, damit die Eltern und ihre Arbeitskraft wieder für die Industrie zur Verfügung stehen. Also kann die Forderung nur lauten: Öffnung der Schulen und Kitas nur in konstanten Klein- und Kleinstgruppen mithilfe von Fachkräften, freiwilligen Helfern und Elternmithilfe. **Wälzt die Krisenlasten nicht auf den Rücken unserer Familien ab!**

## Macht mit in den Wählerinitiativen der Internationalistischen Liste/MLPD zu den Bundestagswahlen

Wir kandidieren in Baden-Württemberg nicht zu den Landtagswahlen. Dort schlagen wir vor, die Unterstützung von Kandidaten zu prüfen, die sich für den gemeinsamen Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten einsetzen, Kandidaten, die sich nicht an der Ausgrenzung der MLPD beteiligen, sondern für die Zusammenarbeit auf überparteilicher Grundlage sind.

Die **Internationalistische Liste/MLPD** kandidiert in allen Bundesländern zu den Bundestagswahlen. Hierzu sammeln wir gerade die Unterschriften für die Wahlzulassung für die Landesliste und die Direktkandidaten.



**Johanna Jäckh**  
Wahlkreis Böblingen



**Volker Kraft**  
Wahlkreis Stuttgart II



**Julia Scheller**  
Wahlkreis Stuttgart I

Unsere gemeinsame Grundlage ist der Kampf gegen die Rechtsentwicklung. Wir sind internationalistisch, antifaschistisch, klassenkämpferisch, ökologisch, revolutionär. Uns eint der Wunsch nach einer von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Welt, in der imperialistische Kriege, Armut, Faschismus und Rassismus keinen Platz mehr haben.

In der Wählerinitiative wird jede Kraft und jede Initiative gebraucht. .

Die Mitglieder in der Wählerinitiative legen ihre gemeinsamen Aufgaben und Aktivitäten im Einvernehmen fest und pflegen eine solidarische und demokratische Streitkultur.

**Wir starten im März - macht mit!**

**Kontakt: stuttgart.inter-liste@mail.de**



## Nopper macht ernst

Zum Amtantritt und Umzug nach Stuttgart will Frank Nopper gleich demonstrieren, dass bei ihm Wort und Tat eins sind. „Wohnen darf kein Luxus sein!“ Deswegen verlässt er seine Villa, verkleinert sich deutlich und zieht ins "Ulmer Nest!"



## Tipps Treffs Termine:

- **Mo. 1. März: IG-Metall-Aktionstag**  
Ort und Zeit werden noch bekannt gegeben
- **So. 7. März: 10 Jahre Fukushima**  
13 Uhr, Kirchheim, Neckar Bhf.



- **Mo. 8. März: Frauentag (s.S.1)**
- **Do. 18. März:**  
**Tag der politischen Gefangenen**  
Ort und Zeit werden noch bekannt gegeben
- **Sa. 3. April Ostermarsch**  
Start: 12 Uhr vor dem HBF Stgt.

## Marx-Engels-Lesekreis



### „Der Bürgerkrieg in Frankreich“

Wir starten, sobald der Lockdown vorbei ist; immer freitags in den ungeraden Wochen, 17-19 Uhr. ABZ-Arbeiterbildungszentrum Bruckwiesenweg 10, S-Uth Anmeldung unter 0711-3360703

## MACH MIT!

Vorname, Name	
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
<b>Ich möchte:</b>	
<input type="checkbox"/> Mitglied in der MLPD werden	<input type="checkbox"/> den REVOLUTIONÄREN WEG abonnieren
<input type="checkbox"/> ein persönliches Gespräch	<input type="checkbox"/> ein Rote-Fahne-Abo
<input type="checkbox"/> Dauerspender werden	<input type="checkbox"/> ein Probeabo der Roten Fahne

### Kontakt:

Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands - MLPD  
Bruckwiesenweg 10, 70327 Stuttgart  
Tel.: 0711-2361350, e-mail: stuttgart@mlpd.de  
www.mlpd-stuttgart.de